

## **Offener Brief des Solidarity4all-Bündnisses an den Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, das Ordnungsamt Bamberg und die Polizeiinspektion Bamberg-Stadt**

23. August 2016

Sehr geehrter Herr Starke,  
sehr geehrte Frau Feldbauer,  
sehr geehrter Herr Schreiber,

in der vergangenen Woche hat unser Bündnis vier Tage lang gegen das Ankunfts- und Rückführungszentrum in Bamberg protestiert. Bereits lange im Vorfeld gab es Gespräche mit Ihnen, um das geplante Protestcamp anzumelden und zu organisieren. Dass die Stadt sich in diesen Gesprächen aus unserer Sicht an vielen Punkten intransparent und blockierend verhalten hat, haben wir bereits kommuniziert, zum Teil auch im persönlichen Gespräch mit Verantwortlichen der Stadt. Wie sehr sich die Einschränkungen unserer Versammlungsfreiheit und restriktiven Maßnahmen gegen unseren Protest kurz vor und während der Aktionstage dann zuspitzten, macht uns jedoch fassungslos.

Der Protest wurde mit versammlungsrechtlich höchst fragwürdigen Maßnahmen zeitlich und räumlich beschränkt und während der gesamten Zeit durch massive Repression und Schikanen von Seiten der Polizei begleitet. All dies geschah auf Grundlage einer Gefährdungsprognose, die unseren Protest kriminalisieren und diskreditieren sollte, um einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu entgehen. Eine Gefährdungsprognose, die auf haarsträubenden Herleitungen unserer angeblichen Gewaltbereitschaft fußte. Eine Gefährdungsprognose, die TeilnehmerInnen und Gruppen unseres Bündnisses diskreditierte. Und vor allem eine Gefährdungsprognose, die bereits im Vorfeld auch von einem „unvoreingenommenen Beobachter“ als haltlos und absurd durchschaut hätte werden müssen. Dass Stadt und Polizei auch dann noch damit argumentierten, als sie selbst schon zugeben mussten, dass ein völlig friedlicher Ablauf unserer Veranstaltungen zu erwarten ist, kann aus unserer Sicht nur bedeuten, dass das Camp aus politischen Gründen verhindert werden sollte.

Aus diesen Gründen halten wir es für notwendig, die von Versammlungsbehörde und Polizei getroffenen Maßnahmen hier nochmal gesammelt aufzuführen und sie aufzufordern, dazu Stellung zu nehmen.

- Polizei und Verwaltung haben mit gemeinsamen Kräften und erfolgreich versucht, die TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen des Protestcamps zu kriminalisieren, mit dem Ergebnis, dass in Medien die Erwartung von "2000 teilweise gewaltbereiten Demonstranten" kolportiert wurden. Unser Statement, dass wir uns den Protest nicht nehmen lassen werden, wurde dabei absurderweise als Aufruf zur Gewalt gelesen. Der Unterschied zwischen zivilem Ungehorsam und Gewalt scheint den Behörden unbekannt.
  
- Alle als Ersatz für das Übernachtungscamp angemeldeten Dauerkundgebungen wurden, ohne jede Rücksprache mit den Anmeldenden, auf den Parkplatz am Fuchsparkstadion auf einzelne Parzellen verlegt. Ebenso wurde die Dauer der Kundgebungen einseitig vom Ordnungsamt eingeschränkt. Dieser massive Einschnitt wurde mit der bereits erwähnten Gefährdungsprognose begründet, die nicht erst im Nachhinein als völlig überzogen gelten muss. Hier ein Auszug: "Zwischenzeitlich erhärten sich die polizeilichen Erkenntnisse zur Gesamt-Versammlungslage in Bamberg dahingehend, dass neben linksextremistischen auch gewaltbereite Gruppierungen durch die Veranstaltungen mobilisiert werden. Die erneute Lageeinschätzung der Polizei spricht von zahlreichen Teilnehmern der linksextremistischen Szene. (...) Zuletzt sei es am 30.7.2016 bei einem Info-Stand der AfD zu einer Körperverletzung zum Nachteil der Mitglieder der AfD gekommen.“ Was ein bereits Monate vorher geplantes und organisiertes Camp mit einem Vorfall in Bamberg Ende Juli zu tun hat, ist uns schleierhaft.
  
- Der Aufbau auf der ohnehin zwangsweise angeordneten Versammlungsfläche wurde dann von massiven Polizeischikanen begleitet. Als am Donnerstagmorgen um 8.00 Uhr, also zur genehmigten Startzeit der Veranstaltung, der Aufbau beginnen sollte, war die zugewiesene Fläche zugeparkt. Eine Einsatzleitung der Polizei war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend. Als um 8.30 Uhr die ersten Polizeikräfte vor Ort waren, wurde zunächst versucht, von allen Anwesenden die Ausweise zu kontrollieren, da "hier gar keine Veranstaltung erlaubt sei, alles ist abgesagt worden". Danach hat die Polizei die Versammlung, die sich zwischenzeitlich auf der Freifläche unterhalb des Parkplatzes befand, aufgefordert, auf die kleine, ungeeignete, ohne unsere Absprache zugewiesene und außerdem zu diesem Zeitpunkt noch zugeparkte Parkplatzfläche

oberhalb zu gehen. Unter Androhung von Zwang wurde die Versammlung dann auf die Parkplatzfläche verlegt. Alle Aufbaumaßnahmen wurden durch polizeiliche Eingriffe behindert. Ein Wasserzugang wurde uns zunächst verwehrt, ebenso Strom.

- Die Kundgebung am Donnerstagnachmittag vor der ARE wurde von der Stadt Bamberg ebenfalls untersagt. Die Unrechtmäßigkeit dieses Verbots wurde am Donnerstag durch die Entscheidung des VGH festgestellt. Während der Kundgebung filmte ein Mitarbeiter der Regierung von Oberfranken Personen aus der ARE, die auf der Kundgebung Redebeiträge hielten, mit seinem Mobiltelefon ab. Dasselbe wiederholte sich bei der Abschlusskundgebung der Demonstration vom Samstag vor der ARE. Ganz offensichtlich sollten die BewohnerInnen eingeschüchtert werden, wenn sie an Veranstaltungen des Protestcamps teilnehmen. Interessant ist hierbei auch, dass die Kundgebung zunächst mit der Begründung verboten wurde, der Protest könnte den Menschen in der ARE Angst machen. Stattdessen bekamen sie nun Absperrgitter und ein Großaufgebot an Polizei vor den Lagereingang. Wir sind uns sicher, dass dies die Menschen wesentlich mehr verunsicherte. Bei unserer Kundgebung kamen wir dagegen schnell in den Dialog mit den BewohnerInnen, die auch in größerer Zahl an der Veranstaltung teilnahmen.
- Während der gesamten Dauer des Camps, insbesondere am Donnerstagabend, verfolgte die Polizei Privatfahrzeuge, die vom Versammlungsort Richtung Innenstadt zu Schlafplätzen fuhren. Hierbei wurden Personen teilweise bis zur Wohnungstür verfolgt. Die Polizei notierte Namen von Klingelschildern und fertige Videoaufnahmen an. Der Schutz persönlicher Daten schien für die Dauer des Protests in Bamberg ausgesetzt
- Die Kundgebungsmittel wurden willkürlich und ohne Absprache einseitig von der Stadt Bamberg beschränkt. Das Großzelt wurde komplett verboten. Zwar wurde dieses Verbot vom VG Bayreuth aufgehoben, aber bis dahin musste das Zelt schon storiert werden, wodurch dem Bündnis erhebliche Unkosten entstanden. Diese werden wir der Stadt in Rechnung stellen.
- Eine am Freitagnachmittag angezeigte Spontandemonstration gegen das Verbot der Kundgebungen in der Innenstadt wurde als „Ersatzveranstaltung“ verboten und unmittelbarer Zwang angedroht, wenn sich ein Demonstrationszug von der

Versammlungsfläche wegbewegen sollte. Auch eine alternative Route oder andere Versammlungsleitung wurden nicht akzeptiert. Die Polizei hatte für Freitagnachmittag also de facto ein Demonstrationsverbot für unser Bündnis verhängt.

- Auch die bereits lange im Vorfeld angemeldete große Demonstration wurde durch die Versammlungsbehörde massiv eingeschränkt. Zwar konnte das Verbot der Abschlusskundgebung vor der ARE auf dem Klageweg aufgehoben werden, die Verlegung in den unbelebteren Randbezirk der Innenstadt blieb jedoch bestehen. Die Stadt Bamberg hat es somit geschafft, den Protest aus der Innenstadt zu verbannen, was wir für eine versammlungsrechtlich höchst problematische Entwicklung halten. Hier wurde auf Grundlage einer konstruierten Gefährdungssituation die beschauliche Ruhe der Bamberger Innenstadt über das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit gestellt.
- Die Demonstration am Samstag wurde dann auch dementsprechend von einem Großaufgebot der Polizei begleitet. Die Aufstellung der etwa 500 Teilnehmer wurde nicht nur von Polizeispalier, sondern auch noch von einem über dem Bahnhof kreisenden Hubschrauber überwacht. Wie überzogen, repressiv und kriminalisierend dieses Aufgebot ist, musste allen Beteiligten schnell klarwerden, als sich die friedliche Demonstration formierte. Hier sollte scheinbar wiederum ein Bild von der angeblichen Gewaltbereitschaft der Teilnehmenden vermittelt werden.
- Beim Abbau am Sonntag untersagte die Polizei mehrere Male die Zufahrt mit Autos auf den Kundgebungsplatz und behinderte somit einen reibungslosen Abbau. Auch hier mussten wieder lange Verhandlungen mit der Polizei geführt werden, bis diese Schikanen eingestellt wurden.
- Ein Mitarbeiter der ARE versuchte auf dem Kundgebungsplatz Zugang zu Workshops zu erhalten und Informationen zu erfragen, ohne sich als Angehöriger des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu erkennen zu geben. Wir bewerten dies als gezielten Versuch der Spitzelei.

All diese Maßnahmen und Einschränkungen empfinden wir als skandalöse Einschränkung unserer Versammlungsrechte und der Möglichkeit, unsere Solidarität mit den

BewohnerInnen der ARE zum Ausdruck zu bringen. Wir verlangen, dass die Stadt Bamberg aufarbeitet, wie es zu diesem massiven Abbau von Demokratie und Versammlungsfreiheit in Bamberg kommen konnte. Auch um zu verhindern, dass solche undemokratischen Maßnahmen in Zukunft Schule machen und eine Aushöhlung des Versammlungsrechts fortschreitet, werden wir uns in einigen der oben genannten Beispiele den Rechtsweg vorbehalten. Wir werden auch wieder nach Bamberg kommen und erwarten von der Stadt, dass sie uns beim nächsten Mal nicht aufgrund dubioser Gefährdungsprognosen kriminalisiert, sondern sich stattdessen selbst gegen jede Entrechtung von BewohnerInnen Bambergs engagiert – insbesondere auch gegen die systematischen Entrechtungen der BewohnerInnen der ARE (bzw. in Zukunft des Ankunftsentrums).

Bündnis Solidarity4all

*Eine Rückmeldung wird erbeten an: [solidarity4all@antira.info](mailto:solidarity4all@antira.info)*

*Für Presseanfragen wenden sie sich bitte an: 0152 10886040*